



Pressemitteilung

09. Januar 2017

## **Koordination statt Konfrontation: Stadtentwicklung für Bad Godesberg Nord**

**Schon länger beobachten die Freien Demokraten die Entwicklungen in Bad Godesberg Nord. Dort ist eine Dynamik entstanden, die stadtplanerisch gesteuert werden sollte.**

Im Gebiet zwischen Ännchenplatz, Bahnlinie und Hochkreuzallee liegen Wohnquartiere, Gewerbeflächen, eine Grundschule (Michaelschule), mehrere Kinderbetreuungsstätten, eine Katholische Kirche, mehrere Moschee- und Kulturvereine, die Lagerhallen mehrerer Karnevalsvereine, eine erhebliche Brachfläche (Haribo-Gelände an der Friesdorfer Straße), das Eisenwerk Stolle, die Firma Boge (geplant ist hier die Verlagerung der Produktion), die Industriebrache der Firma Rema, ein Sportplatz, zwei Tankstellen (Aral, Betriebstankstelle der Spedition Düren), Handelsunternehmen sowie mehrere Autoinstandsetzungsbetriebe mit Lackierereien. In diesem Gebiet ist durch Konzentration von Bevölkerung mit Migrationshintergrund, den Abriss der alten Haribo-Gebäude, durch Produktionsverlagerungen von Rema und Boge sowie den geplanten Standortwechsel des marokkanischen Kulturvereins eine Dynamik entstanden, die stadtplanerisch gelenkt werden sollte. Deshalb fordert die FDP von der Stadtverwaltung ein räumliches, bauliches, soziales und verkehrliches Stadtentwicklungskonzept für Bad Godesberg Nord. Zur Realisierung soll die Stadt dabei auch für solche Zwecke zu Verfügung stehende Fördermittel des Landes sowie des Bundes in Anspruch nehmen.

Als wesentliche Planungsinhalte sieht die FDP dabei mindestens an: Die Zukunft der Michaelschule ist ungewiss, ließe sich aber vielleicht klären, wenn die Bauplanung für das Haribo-Gelände feststünde. Sollten dort Familien mit Kindern angesiedelt werden, würde wahrscheinlich wieder eine wohnortnahe Grundschule benötigt. Die Besiedlung des Haribo-Geländes kann auch eine Erweiterung von Kinderbetreuungseinrichtungen nach sich ziehen. Durch die Bauplanung für das Haribo-Gelände rückt die Wohnbebauung näher an das Gewerbegebiet heran. Wie kann späteren Anwohnerklagen vorgebeugt werden, die im Zweifelsfall die Betriebsstätte der Firma Stolle, die Tankstellen oder das Sportgelände bedrohen? Welche soziale Durchmischung ist für das Gebiet geplant und wie wird diese gelenkt? Die Firma Boge plant, die Produktion komplett zu verlagern. Zurückbleiben soll eine Engineering-Abteilung. Was geschieht nach Verlagerung der Produktion mit der entstandenen Industrie-Brache sowie der benachbarten Industriebrache der Firma Rema? Teile des Gewerbegebiets sind bereits nach den Ausnahmeregelungen der Baunutzungsverordnung belegt (Karnevalsvereine, Kulturvereine, Moschee geplant). Wie wird sichergestellt, dass hieraus später keine Einschränkungen für die angrenzenden Gewerbebetriebe, z.B. die Autolackierereien entstehen? Wie stellt die Stadtverwaltung sicher, dass trotz zunehmender Nutzung der Gewerbeflächen nach Ausnahmetatbestand noch Erweiterungsmöglichkeiten für die bereits existierenden Betriebe vorgehalten werden? Schließlich zahlen Gewerbebetriebe Gewerbesteuer. Und wie wird sichergestellt, dass die Gewerbebetriebe trotz „Umzingelung“ durch Fremdnutzung verkehrlich erreichbar bleiben?

Das Ansinnen der FDP begründet deren Ortsvorsitzender Wolfgang Heedt wie folgt: „Wichtig ist uns, dass wir die sich in Bad Godesberg Nord abzeichnenden konkurrierenden Interessen stadtplanerisch

auffangen und lenken sowie einer schleichenden Ghettoisierung vorbeugen. Das kann aber nur erfolgen, wenn die gesamte dort wohnende Bürgerschaft sowie Gewerbetreibende umfangreich an den erforderlichen Planungs-, Entscheidungs- und Veränderungsprozessen beteiligt werden und sich auch einbringen. Nur durch Gespräche und koordiniertes Handeln aller Beteiligten können Lösungen gefunden, Konfrontation vermieden und ein auskömmliches Miteinander gefördert werden.“

Pressekontakt: FDP Ortsverband Bad Godesberg, Vorsitzender Wolfgang Heedt, Annetenstr. 14, 53175 Bonn, Mobil 0170 7726489, [vorstand@fdp-bad-godesberg.de](mailto:vorstand@fdp-bad-godesberg.de)